



Andreas Weigel

Mitglied des Deutschen Bundestages
Mitglied des Verteidigungsausschusses

Andreas Weigel, MdB · Kreisigstrasse 1 · 08056 Zwickau

Offener Brief

DGB Region Vogtland/Zwickau
Frau Sabine Zimmermann
-Regionsvorsitzende-
Bahnhofstr. 68/70

08056 Zwickau

Zwickau

Kreisigstrasse 1
08056 Zwickau
☎ 0375-27027-0
📠 0375-27027-27
andreas.weigel@wk.bundestag.de

Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Paul-Löbe-Haus
Raum 7.334
☎ (030) 227 – 71115
📠 (030) 227 – 76334
andreas.weigel@bundestag.de

Zwickau, 6. September 2004

Ihr Protest zur Reformpolitik in Deutschland

Sehr geehrte Frau Zimmermann,

Es ist wohl gerade ein Jahr her, als sich fast die ganze Republik über Florida-Rolf, Viagra-Kalle und Yacht-Hans aufregte und empörte. So forderte denn auch einst Herr Lafontaine: „Wir wollen, dass der Sozialstaat seine Leistungen auf die wirklich Bedürftigen konzentriert.“

Heute, da die Reformen der Leistungen zur sozialen Sicherung ihre Umsetzung finden, spielen sich neuerdings merkwürdige Allianzen aus linken, rechten und gewerkschaftlichen Kräften zu Anwälten der Armen und Schwachen auf und suggerieren, dass „die“ da in Berlin - Regierung wie Parlamentarier - wie die Hussiten in Berlin eingeritten sind und jetzt den kleinen Leuten an die Geldbörsen wollen, um sich selbst zu bereichern.

In Zwickau haben Sie sich als sächsische SPD-Landtagsabgeordnete und Vorsitzende des DGB Vogtland / Zwickau an die Spitze der Kampagne gegen die Reformbestrebungen gesetzt. Den Hinweis auf Ihr Landtagsmandat gestatte ich mir auch, da Sie ja für sich in Anspruch nehmen möchten, Politik in Sachsen zu verändern, aber gleichzeitig den Kampf für ein neues Mandat mit der Begründung verweigern, dass Sie eben nur mit einem gesicherten Listenplatz antreten wollen. Diese Sicherheit hat die überwiegende Mehrheit aller 60 Landtagskandidaten nicht.

Sie stellen sich nun in die erste Reihe der Demonstranten und protestieren gegen die Reformen. Unverholen rufen Sie auf, alles am 19. September zu wählen, nur nicht SPD, CDU,



oder braune. So ist es doch langsam legitim zu fragen, wann Sie „Farbe“ bekennen. Wer jedenfalls wie Sie argumentiert und Regierung und Parlament derart angreift, hat offensichtlich ein schwieriges Verhältnis zur parlamentarischen Demokratie.

Auf den Demos verkünden Sie, dass es bessere, alternative Reformenwege gibt. Benennen können Sie keine. Sie blockieren nur.

Im Gespräch mit der Direktion der Bundesagentur für Arbeit so zum Beispiel in der Niederlassung Zwickau habe ich mich über die aktuelle Situation zur Umsetzung der Reformen kundig gemacht. Erst 4 % der Antragsformulare für Arbeitslosengeld II sind bei der Agentur eingereicht worden. Dabei ist es unschwer nachzuvollziehen, dass dies auch auf die Protestkampagne zurückzuführen ist. Rufen Sie dazu auf, dass die Fragebögen ausgefüllt möglichst bald eingereicht werden müssen!

Verzichten Sie auf Ihre alten Argumente, man brauche nur die Arbeit gerechter verteilen und die Arbeitszeiten verkürzen. Das kommt beim Demonstrieren gut an, passt aber nicht in die Realität unserer Wirtschaft. Vergessen haben Sie dabei anscheinend, dass sich besonders in kleineren und mittleren Unternehmen (75 % aller Beschäftigten sind im Mittelstand beschäftigt) diese alten und überholten Forderungen real nicht umsetzen lassen.

Ferner verkünden Sie massenhaften Kaufkraftverlust. Woher nehmen Sie diese Weisheiten? Die Bundesregierung wird 2005 deutlich mehr Geld ausgeben für die Bezieher von Arbeitslosengeld I + II als im vorangegangenen Jahr. Durch die letzte Steuerreformstufe - ab Januar 2005 hinzugenommen - wird mehr Geld gerade den „kleinen“ Leuten und zu vorderst Familien mit Kindern zur Verfügung stehen. Das wird auch durch permanent wiederholte unbelegbare Behauptungen nicht unwahrer.

Statt also tatsächlich aufzuklären, statt die Summe aller Maßnahmen an Reformen ins Blickfeld zu rücken, vermögen Sie nur Verunsicherung zu schüren und Ängste zu verstärken. Halbwahrheiten helfen aber den betroffenen Menschen nicht.

Dieser ressentimentbelastete Angriff und Protest hat mit der Wirklichkeit und den echten Problemen in unserem Land herzlich wenig zu tun.



Andreas Weigel

Mitglied des Deutschen Bundestages

Seite 3 von 4 Seiten des Schreibens vom 06.09.2004

Ich anerkenne Jede und Jeden, der seiner Unsicherheit und Angst vor den Änderungen während Demonstrationen Luft macht und seine demokratischen Rechte in Anspruch nimmt. Gleichzeitig erwarte ich aber, dass die tatsächlichen Zusammenhänge der Reformen und deren Inhalte unverzerrt wiedergegeben werden. So reihe ich mich auch nicht zu denen ein, die dem einen das eine und dem anderen das andere im Vermittlungsausschuss abgerungen haben wollen. Die Reformen sind bei breitester Zustimmung von Bundesrat und Bundestag - über alle Parteien hinweg - beschlossen worden.

Ein „weiter so“ und das bloße Finanzieren von Arbeitslosigkeit darf es nicht mehr geben.

Der bisherige Umgang mit Langzeitarbeitslosigkeit, unserer Jugend und den Sozialhilfeempfängern kann so nicht weitergehen. Ich bin der festen Überzeugung, dass die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger dies mit trägt.

Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gibt es einen gesetzlich garantierten Anspruch aller Jugendlichen bis 25-Jahre auf Arbeit, Ausbildung, Qualifizierung oder Weiterbildung. Alle erwerbsfähigen Sozialhilfeempfänger erhalten ab Januar höhere Bezüge und haben das Recht auf Vermittlung durch die Arbeitsagenturen. Die Betreuung in den Agenturen insgesamt wird durch die Fall-Manager und die Reduzierung auf 75 Klienten pro Manager wesentlich verbessert.

Es ist wahr, das alles zaubert keine Arbeitsplätze über Nacht her. Das hat aber auch ernsthaft niemand behauptet.

Alle Maßnahmen im gesamten Paket schaffen erst die Möglichkeit zu mehr Wachstum und in Folge zu mehr Beschäftigung. Dazu gehört die Steuerreform genauso wie alle anderen Bausteine der Sozialreformen.

Wer sich allerdings montags in Zwickau auf den Hauptmarkt stellt und meint predigen zu müssen, dass Umverteilung das Allheilmittel ist und der Staat die Arbeitsplätze schaffen kann, der muss auch sagen, woher er die Mittel dafür hernimmt und welche Staatsform er oder sie bevorzugt. Schuldenpolitik müssen nicht wir, sondern unsere Kinder und Enkel ausbaden.



Andreas Weigel
Mitglied des Deutschen Bundestages

Seite 4 von 4 Seiten des Schreibens vom 06.09.2004

Ihnen und den Spitzen der regional vertretenen Gewerkschaften mache ich das Angebot zu einem sachorientierten Gespräch. Eine persönliche Einladung werde ich Ihnen und den Vertretern der Einzelgewerkschaften umgehend zu kommen lassen.

Mit freundlichen Grüßen

Andreas Weigel, MdB